

An

Studierendenparlament der JLU
Otto-Behagel-Str. 25 D
35394 Gießen
-per mail-
stupa@uni-giessen.de

Gießen, 22. Januar 2022

Stellungnahme zu sogenannten „Spaziergängen“ und „Studenten stehen auf“

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge der angehängten Stellungnahme des AStAs zu den sogenannten „Spaziergängen“ und der Gruppierung „Studenten stehen auf“ zustimmen und der Veröffentlichung dieser, im Namen des Studierendenparlaments der JLU Gießen, stattgeben.

Begründung:

Im Rahmen der Berichterstattung über sogenannte „Spaziergänge“ und vereinzelt Aktionen auf dem Gelände der Justus-Liebig-Universität hat die Gießener Ortsgruppe von „Studenten stehen auf“ Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Von dieser Gruppierung gilt es sich als hochschulpolitische Interessenvertretung, aus den in der Stellungnahme aufgelisteten Gründen, zu distanzieren. Ausdrücklich möchte der AStA die Oppositionslisten dazu auffordern sich der Stellungnahme anzuschließen.

Viele Grüße

Jenny Jörges

Anhang

Stellungnahme zu sogenannten „Spaziergängen“ und „Studenten stehen auf“

Im Rahmen der Berichterstattung über sogenannte „Spaziergänge“ und vereinzelter Aktionen auf dem Gelände der Justus-Liebig-Universität hat die Gießener Ortsgruppe von „Studenten stehen auf“ Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Die selbst gewählte Bezeichnung dieser Gruppierung erweckt den Anschein, dass ihre Meinungen und ideologischen Bestrebungen die Studierendenschaft der JLU widerspiegeln. Allerdings hat „Studenten stehen auf“ weder eine Legitimation noch ein allgemeines Mandat, um für die Studierendenschaft zu sprechen oder sie gegenüber der Universität oder anderen Akteur:innen zu vertreten. Der AStA distanziert sich als gewählte hochschulpolitische Interessenvertretung der Studierendenschaft in aller Deutlichkeit von „Studenten stehen auf“ und ihren jeweiligen Ortsgruppen, aus folgenden Gründen:

Beispielsweise verübte die Gießener Gruppierung bewusst und aktiv Geschichtsrelativierung, indem sie sich in ihrem selbstreklamierten Widerstandsrecht auf die „Weiße Rose“ um Sophie und Hans Scholl bezogen. Indes wurden weiße Rosen symbolisch vor den Gießener Gerichten abgelegt, um gegen gerichtliche Urteile, welche Coronamaßnahmen bestätigten, zu demonstrieren. Mit dem Missbrauch dieser Symbolik wird das Andenken an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus angegriffen. Der Vergleich mit dem angeblichen „Widerstand“ gegen die Infektionsschutzmaßnahmen verharmlost die systematische Vernichtung von über sechs Millionen Jüdinnen:Juden, Rom:nja und Sinti:zze sowie von allen anderen Opfern. Dieser Antisemitismus und die damit einhergehenden Verschwörungsideologien sind mit den Grundwerten des AStA der JLU Gießen unvereinbar.

„Studenten stehen auf“ zeigt sich mithin deutlich wissenschaftsfeindlich. Dies wurde in Gießen bei einer Graffitiaktion auf dem Campus der JLU deutlich. „Alternative Fakten“, Gefühlslagen und Fake News werden in den Kreisen der Gruppierung mehr Aufmerksamkeit und Glauben als wissenschaftsbasierte Erkenntnisse geschenkt. Einzelschicksale werden gezielt hervorgehoben und aus dem Kontext der faktenbasierten Erkenntnislage gerissen. Das hat mit einer akademischen Arbeitsweise nichts gemein und an einer Universität keine Daseinsberechtigung.

Für uns ist ein Diskurs über politische Entscheidungen elementarer Bestandteil der Demokratie. Demokratischer Diskurs bedeutet jedoch nicht Inhalte von inzwischen klar profilierten Verschwörungsideolog:innen und rechtsextremen Gruppierungen Platz einzuräumen. Diese sind nicht als diskutabile Meinungen zu behandeln, wie es im Rahmen der betreffenden Messengergruppen der sogenannten Querdenker:innen passiert, sondern vielmehr als das zu benennen, was sie sind: antidemokratisches und menschenfeindliches Gedankengut.

Im Gegensatz zu den beschriebenen Gruppen sollte die gesellschaftliche Aufmerksamkeit denjenigen gelten, die tagtäglich aufopferungsvolle Arbeit im Kampf gegen die Pandemie leisten. Aus Solidarität mit diesen Menschen und zum Schutze der besonders gefährdeten Gruppen ruft der AStA dazu auf diesen Kampf zu unterstützen und Maßnahmen zum Infektionsschutz zu berücksichtigen sowie Impfangebote wahrzunehmen.